

# EU-Nachrichten

## KURZ & KNAPP

**Atommüllentsorgung:** 3  
EU-Staaten müssen Vorsorge treffen

## IM FOKUS

**Zahlungsverkehr:** 5  
Jeder EU-Bürger soll das Recht auf ein eigenes Girokonto erhalten

**Jugend in Bewegung:** 6  
Arbeiten und lernen im Ausland

## HINWEIS

**Wir gehen in die Sommerpause – und sehen uns wieder am 8. September 2011.**

## SCHENGEN

### Zweifel an dänischen Grenzkontrollen bleiben

Die dänische Regierung hat ihre umstrittenen Zollkontrollen an den Grenzen zu Deutschland und Schweden nach Meinung der EU-Kommission bislang nicht ausreichend begründet. Die versprochene „Risikoanalyse“, auf deren Grundlage verdächtige Personen ausgewählt werden sollen, finde nicht ausreichend statt, berichten Experten, die die Kommission zur Inspektion nach Dänemark geschickt hatte.

EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström kündigte eine noch genauere Beobachtung an und sagte, die Kommission werde das Recht auf Freizügigkeit der EU-Bürger mit allen Mitteln durchsetzen. Kritisch äußerte sie sich auch zum Umgang Frankreichs und Italiens mit den Flüchtlingen aus Nordafrika im Mai. Dies sei zwar legal gewesen, habe aber gegen den Geist des Schengen-Abkommens verstoßen. Im September will Malmström Reformen vorschlagen.

<http://europa.eu/rapid/pressRelease-sAction.do?reference=MEMO/11/518&format=HTML&aged=0&language=en&uiLanguage=en>



Eurostaaten, Kommissionspräsident Barroso und IWF-Chefin Lagarde suchten Wege aus der Schuldenkrise

## Schuldenkrise im Euro-Raum

### Gipfel bringt Politik und Märkte zusammen

Die Beschlüsse des Sondergipfels der Staats- und Regierungschefs aller 17 Euro-Staaten sind nach Überzeugung von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso ein wichtiger Schritt auf dem Weg aus der Schuldenkrise. „Zum ersten Mal in der Krise arbeiten Politik und Märkte zusammen“, sagte Barroso. Die Euro-Staaten hätten durch ihre Einigung auf ein zweites Hilfspaket für Griechenland die Lage in dem überschuldeten Land und in der gesamten Euro-Zone stabilisiert. Außerdem sei es gelungen, private Investoren wie etwa Banken zu einer freiwilligen Beteiligung an den Rettungskosten zu bewegen, was „eine Lösung mit den Märkten ist, nicht gegen sie“.

Eines der größten Probleme, das die Gipfelteilnehmer zu lösen hatten, war die Frage, wie man von den Besitzern griechischer Schuldpapiere einen angemessenen Beitrag zum Hilfspaket bekommen konnte, ohne dass dies von Ratingagenturen als „teilweiser Zahlungsausfall“ eingestuft würde. Dieser Status hätte Griechenland den Zugang zu frischem Geld an den Kapitalmärkten und bei der Europäischen Zentralbank weiter erschwert oder gar unmöglich gemacht.

Herman Van Rompuy, der Präsident des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs, sagte, wichtigste Aufgabe des Gipfeltreffens sei es gewesen, Befürchtungen der Investoren zu zerstreuen, „dass die Anleihehaber in Griechenland und später vielleicht auch in anderen Ländern unfreiwillig Werteverluste hinnehmen müssen“, und die Märkte von der Fähigkeit der Euro-Staaten zu überzeugen, „die Krise zu beherrschen“.

(Artikel weiterlesen auf Seite 2)

(Fortsetzung)

Das neue Hilfsprogramm, zu dem neben Banken und EU auch der Internationale Währungsfonds (IWF) beitragen sollte, werde die Finanzierungslücke Griechenlands „vollständig schließen“ und verhindern, dass andere Euro-Länder von der Krise angesteckt würden, sagte Van Rompuy.

Bundeskanzlerin Angela Merkel, die besonders stark darauf bestanden hatte, die Rettungskosten nicht nur Steuerzahlern, sondern auch Banken und anderen Privatinvestoren aufzubürden, lobte die Gipfelbeschlüsse ebenfalls: „Die Euro-Staaten haben gezeigt, wir sind dieser Herausforderung gewachsen, wir sind handlungsfähig“, sagte sie.

### Europäischer Marshallplan für Athen

Barroso unterstrich, dass die Stabilisierung des europäischen Finanzsystems und die Hilfe für Griechenland, damit dieses seine Schuldenlast tragen kann, langfristig nicht ausreichen. „Ich habe auch klargemacht, dass wir die Wachstumschancen in Griechenland verbessern müssen“, sagte er. Die Gipfelteilnehmer unterstützten den Vorschlag der Kommission, durch eine „EU-Task-Force“ Athen dabei zu helfen, die mit den EU-Partnern und dem IWF vereinbarten Reformprogramme umzusetzen. Auch soll Hilfe dabei geleistet werden, Strukturfördermittel aus dem EU-Haushalt abzurufen. Dort stehen bis 2013 noch rund 15 Milliarden Euro solcher Gelder für Griechenland bereit, doch kann Athen derzeit praktisch kein Geld bekommen, weil es den vorgeschriebenen Eigenanteil der Projektfinanzierung nicht aufbringen kann. Leiten soll die Task-Force der Deutsche Horst Reichenbach, Vizepräsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). Die Unterstützung beim Ankurbeln der Wirtschaft, zusammen mit den Kreditpaketen bezeichnete Barroso als „Art europäischen Marshallplan, zu dem wir auch Mitgliedstaaten und die Europäische Investitionsbank um Beiträge bitten“.

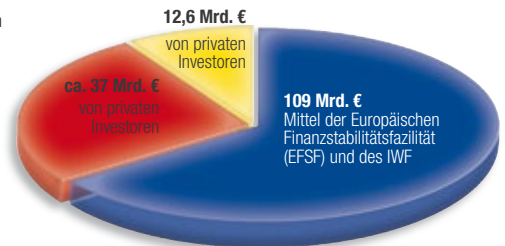
Das jetzt geschnürte zweite finanzielle Hilfspaket für Griechenland enthält 109 Milliarden Euro neue Gelder, die von den Euro-Staaten über die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität EFSF und

### Erstes Hilfspaket – 110 Milliarden Euro (2010–2013)



### Zweites Hilfspaket – ca. 159 Milliarden Euro (2011–2014)

- 34 Mrd. € für allgemeine Kredite
- 20 Mrd. € zur Rekapitalisierung der Banken
- 35 Mrd. € zur Bonitätssteigerung und zum Anleiheumtausch
- 20 Mrd. € zum Schuldentrückkauf durch Griechenland
- Abschlüsse von rund 20 Prozent beim Umtausch griechischer Staatsanleihen gegen neue Papiere
- Abschlüsse beim Verkauf griechischer Staatsanleihen an Athen



vom IWF aufgebracht werden. Kredite sollen mit etwa 3,5 Prozent verzinst werden, was deutlich unter dem Satz liegt, den Griechenland bislang für seine Kredite aus dem ersten Hilfspaket von 2010 zahlt. Die Laufzeiten für die neuen Kredite sollen zwischen 15 und 30 Jahre betragen, während es bisher 7,5 Jahre sind. Von den geringeren Zinsen und längeren Laufzeiten sollen auch Portugal und Irland profitieren, die beide unter dem Rettungsschirm der EFSF sind.

### Deutsche Banken sind erleichtert

Private Besitzer griechischer Staatsanleihen sollen diese freiwillig gegen neue Schuldverschreibungen mit langen Laufzeiten eintauschen. Dabei stehen ihnen verschiedene Möglichkeiten mit unterschiedlichen Zinsen und Garantien zur Verfügung. Wer nicht tauschen will, sondern die Schuldpapiere lieber ganz los wäre, dem können die Griechen mit EFSF-Geld Anleihen abkaufen. Auch dabei müssen die Investoren auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten (siehe Grafik).

Die deutsche Bankenwelt, die griechische Anleihen im Wert von mehreren

Milliarden Euro besitzt, begrüßte die Beschlüsse. Die Kreditinstitute müssten „nur“ auf rund ein Fünftel ihres Geldes verzichten, erklärte die Landesbank Baden-Württemberg. Der Verband der Privatbanken BdB sprach von einem „wichtigen Schritt nach vorn“, und Heinrich Haasis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, sagte: „Der Euro bleibt eine starke Währung.“

Um zu verhindern, dass weitere Staaten in ähnliche Schwierigkeiten wie Griechenland geraten, beschloss die Euro-Gipfelrunde außerdem, der EFSF mehr Aufgaben zu geben. So sollen die Manager des Rettungsschirms künftig auch schon vorbeugend tätig werden dürfen und etwa notleidenden Banken Geld zur Verfügung stellen können. Auch soll die EFSF das Recht bekommen, Staatsanleihen am Kapitalmarkt aufzukaufen. Dieser Schritt, der eine „Europäisierung“ von Schulden bedeutet, soll allerdings nur möglich sein, wenn die Europäische Zentralbank und alle Euro-Staaten einverstanden sind. (frh)

[www.consilium.europa.eu/homepage.aspx?lang=de](http://www.consilium.europa.eu/homepage.aspx?lang=de)

**Eintreiben von Schulden:**

**Kontensperrung im EU-Ausland soll möglich werden**

Gläubiger sollen es künftig einfacher haben, ihre Schulden auch in anderen EU-Staaten einzutreiben. Möglich machen soll das eine von der EU-Kommission vorgeschlagene Verordnung, mit der in allen Mitgliedstaaten nach den gleichen Regeln der geschuldete Betrag auf dem Konto des Schuldners gesperrt werden könnte. Dadurch soll verhindert werden, dass Schuldner vor der Vollstreckung eines Gerichtsentscheids ihr Geld beiseiteschaffen. „Aufgrund uneinbringlicher Forderungen gehen Unternehmen circa 2,5 Prozent ihres Jahresumsatzes verloren. Das ist eine Schwachstelle unseres Binnenmarkts, bei der dringend Abhilfe geschaffen werden muss“, erklärte Justizkommissarin Viviane Reding.

Vor allem für kleinere Unternehmen sei die grenzüberschreitende Eintreibung ihrer Außenstände aufgrund der 27 unterschiedlichen Regelungen aufwendig und teuer. Aber auch Privatleute, die ihr Geld zurückhaben wollen, etwa wenn der im Ausland

bestellte Computer nicht geliefert wird, stehen vor ähnlichen Problemen. Nicht zuletzt soll die Verordnung auch dabei helfen, etwa Unterhaltszahlungen bei dem in einem anderen Mitgliedstaat lebenden Ex-Partner einzutreiben. Mit dem vorgeschlagenen Verfahren soll der Gläubiger lediglich die Sperrung eines Kontos ohne vorherige Anhörung des Schuldners erwirken können, nicht aber die Auszahlung der Schulden. Fließen soll das Geld erst nach einem Gerichtsurteil. EU-Ministerrat und Europäisches Parlament müssen dem Vorhaben zustimmen, ehe es in die Tat umgesetzt werden kann.



© Shutterstock

[http://ec.europa.eu/justice/civil/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/justice/civil/index_de.htm)

**Atommüllentsorgung: EU-Staaten müssen Vorsorge treffen**

In vier Jahren müssen die EU-Staaten der Europäischen Kommission Pläne dafür präsentieren, wie sie ihren Atommüll dauerhaft entsorgen wollen. Auf eine entsprechende Richtlinie haben sich die Mitgliedstaaten – die über diese Frage allein entscheiden – jetzt geeinigt. Spätestens 2015 müssen in Brüssel demnach nationale Fahrpläne für Bau, Betrieb und Finanzierung von Endlagern zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Richtlinie gibt erstmals EU-weite, verbindliche Mindeststandards für die Sicherheit der Lagerstätten vor. Eine Frist für den Bau von Endlagern ist nicht vorgesehen.

Entgegen dem ursprünglichen Vorschlag von Energiekommissar Günther Oettinger haben die Mitgliedstaaten Atommüllexporte nicht prinzipiell verboten. Allerdings sind Exporte nur in Länder erlaubt, die bereits Lagerstätten von „gleichwertiger“ Qualität wie die in der EU vorgeschriebenen hätten. Solche Endlager gebe es nicht und werde es auch in vier Jahren nicht geben, heißt es in Brüssel.

[http://ec.europa.eu/energy/nuclear/waste\\_management/waste\\_management\\_en.htm](http://ec.europa.eu/energy/nuclear/waste_management/waste_management_en.htm)

**Korruption: Rumänien und Bulgarien bleiben unter Aufsicht**

Rumänien und Bulgarien haben nach Ansicht der EU-Kommission immer noch zu wenige Fortschritte im Kampf gegen Korruption und bei der Reform ihres Justizwesens gemacht. Sie bleiben deshalb weiter unter besonderer Aufsicht. Die Regierung in Sofia habe in den vergangenen zwölf Monaten „keine überzeu-



© Shutterstock

genden Ergebnisse“ bei der Korruptionsbekämpfung erzielt, heißt es in dem Fortschrittsbericht zu Bulgarien. Sie soll zudem erheblich mehr gegen die organisierte Kriminalität tun. Rumänien wurde zwar ein insgesamt besseres Zeugnis ausgestellt, doch auch hier stellt die Kommission weiterhin ein hohes Maß an Korruption fest sowie Mängel im Kampf

gegen die Geldwäsche und Interessenskonflikte bei der Verwaltung öffentlicher Mittel.

[http://ec.europa.eu/dgs/secretariat\\_general/cvm/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/cvm/index_de.htm)

**Zuwanderung in die EU: Kommission wirbt für bessere Integration von Migranten**

Die EU-Staaten sollen sich stärker dafür einsetzen, dass sich Zuwanderer aus Drittstaaten besser integrieren können. Mit einem „Baukasten“ politischer Förderinstrumente und finanzieller Unterstützung will die EU-Kommission dabei helfen. Wesentliche Elemente für eine gelungene Eingliederung seien u.a. die Beherrschung der Landessprache und ein Verständnis der örtlichen Kultur.

In wirtschaftlicher Hinsicht hält die Kommission eine gute Einbindung von Migranten in den Arbeitsmarkt für unbedingt nötig. Sonst sei es angesichts der schrumpfenden EU-Bevölkerung auf lange Sicht unmöglich, genügend Einkommen für alle zu erwirtschaften und das EU-Ziel zu erreichen, die Beschäftigungsquote bis 2020 auf 75 Prozent zu steigern.

<http://ec.europa.eu/ewsi/de/index.cfm>

Schutz von Banken gegen künftige Krisen

## Mehr Seriosität und „besseres Kapital“ sind gefragt

Tausende Milliarden Euro haben Banken, Anleger und europäische Steuerzahler durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise verloren. In der Folge wünschen sich viele den Typ des Bankers zurück, zu dem sie Vertrauen haben können: nüchtern kalkulierend, solide und seriös wirtschaftend und immer auf den sorgfältigen Umgang mit dem Geld der Kunden bedacht. Die EU-Kommission will jetzt die Solidität im Bankenwesen mit neuen Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften sowie neuen Regeln für das Geschäftsgebahren stärken. Im Fachjargon heißen diese Regeln „Basel III“ und basieren auf Vorgaben, die der Baseler Bankenausschuss im Dezember für Kreditinstitute in aller Welt ausgearbeitet hat.

### Eigene Urteile gefordert

Das vorgeschlagene Regelwerk ist finanztechnisch hochkompliziert, aber zwei Prinzipien sind einfach zu verstehen: Wer viel Geld verleiht, muss künftig über mehr eigenes Kapital verfügen, um Zahlungsausfälle besser verkraften zu können; und wer Kredite vergibt, muss sich selbst ein Bild von der Solidität des damit finanzierten Projekts machen und darf sich nicht fast automatisch auf fremde Einschätzungen, etwa durch Ratingagenturen, verlassen. Diese Vorsichtsmaßnahmen sollen laut EU-Binnenmarktkommission



Die neuen Eigenkapitalregeln sollen garantieren, dass die Bankenwelt auf sicherem Boden steht

sar Michel Barnier verhindern, dass sich Banken erneut zulasten der Steuerzahler verspekulieren und die ganze Gesellschaft wirtschaftlich in Gefahr bringen. Mit ihren Vorschlägen geht die Kommission weltweit bei der Umsetzung von Verhandlungen der G20-Länder voran.

„Der Bankensektor wird künftig mehr Kapital von besserer Qualität vorhalten müssen, wenn er Risiken eingetht“, sagte Barnier. Ein größerer Anteil der Kreditsumme muss durch Eigenkapital abgesichert sein. 460 Milliarden Euro zusätzliche Mittel müssen die 8.200 Banken, die in der EU unter „Basel III“ fallen, zwischen 2013 und 2019 dafür aufstreifen. Dafür könnte laut Barnier aber das Risiko neuer Finanzkrisen um bis zu 70 Prozent sinken, „und wenn sie auftreten, werden diese Krisen weniger schlimm sein“. Damit die Banken immer genug Geld kurzfristig verfügbar haben, schlägt die Kommission eine Liquiditätsdeckungsquote vor. Um das Risiko aus Geschäften zu vermindern, die außerhalb von Börsen stattfinden, sollen diese über zentrale Sammelstellen abgerechnet werden.

Alle diese Regeln will die Kommission in einer unmittelbar in der ganzen EU verbindlichen Verordnung festschreiben und nicht wie bisher in einer Richtlinie, bei deren Umsetzung die Mitgliedstaaten noch Spielraum hätten. „Wir brauchen nach meiner Überzeugung gleiche Regeln für

alle, nicht mehr, nicht weniger“, sagte Barnier. Er verglich die Finanzmarktregulierung mit der Sicherheit im Straßenverkehr: „Wenn nur ein einziger Fahrer nicht aufpasst oder eine einzige Regel nicht ordentlich angewendet wird, kann die Katastrophe jeden treffen.“

### Keine „Marktblasen“ zulassen

Die Kommission will aber nicht nur „Basel III“ umsetzen, sondern auch dafür sorgen, dass die Aufsichtsbehörden neue Befugnisse bekommen und sich die „Geschäftskultur“ der Banken verändert. So sollen diese nicht so hohe Boni an ihre Mitarbeiter und Dividenden an Aktionäre zahlen dürfen, wenn ihre Eigenkapitalquote niedrig ist. Entscheidungsgremien sollen ausgewogener zusammengesetzt werden, zum Beispiel auch indem mehr Frauen beteiligt werden.

Aufsichtsbehörden sollen laut Kommission die Banken stoppen können, wenn diese zu viele Kredite in bestimmte, angeblich vielversprechende Branchen geben und sich deswegen „Marktblasen“ bilden. Wenn die platzen und Firmen pleitegehen, wie etwa in der Internetwirtschaft oder der irischen und US-Immobilienbranche, haben viele Anleger das Nachsehen. (frh)

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/bank/regcapital/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/bank/regcapital/index_de.htm)

Der Baseler Bankenausschuss ist bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) angesiedelt. Er wurde 1974 gegründet, um internationale Aufsichtsregeln zu erarbeiten, die Bankpleiten, wie die der deutschen Herstatt-Bank, verhindern sollten. Insbesondere hat der Ausschuss mehrere Generationen von Eigenkapitalregeln vorgeschlagen. „Basel III“ entstand im Auftrag der 20 größten Wirtschaftsnationen der Welt (G20).

Um rechtlich verbindlich zu werden, müssen die Baseler Vorgaben in nationale Gesetze übernommen werden. Für die EU hat die Europäische Kommission jetzt einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt, der gültig wird, wenn ihn Europäisches Parlament und Mitgliedstaaten billigen. Binnenmarktkommissar Barnier rief die internationalen Partner auf, die Regeln ebenfalls umzusetzen. In den USA ist der Vorläufer „Basel II“ immer noch nicht vollständig implementiert.

Recht auf ein Girokonto

## EU-Staaten sollen Zugang für alle Bürger sicherstellen

Jeder EU-Bürger hat nach Ansicht der Europäischen Kommission das Recht auf ein „Basiskonto“ und zwar unabhängig davon, wie viel Geld er hat. Die Banken dürften den Zugang zu einer so grundlegenden Dienstleistung nicht länger verwehren, sagte Binnenmarktkommissar Michel Barnier. Ohne ein Girokonto, mit dem Einzahlungen, Abhebungen, Überweisungen und Lastschriften ermöglicht werden, sei das Alltagsleben in einer modernen Gesellschaft viel schwerer zu bewältigen. Die Bezahlung der Elektrizitäts- und Wasserrechnung oder die Überweisung von Löhnen und Gehältern würden zu einer Herausforderung, und auch das Einkaufen sei häufig deutlich komplizierter und manchmal auch teurer, wenn man nur mit Bargeld zahlen könne.

Alle Bürger sollten in die Lage versetzt werden, „voll am Leben einer Gesellschaft teilzuhaben und von den Vorteilen des Binnenmarkts in jeder Hinsicht zu profitieren“, sagte Barnier. Laut Kommission haben rund 30 Millionen EU-Bürger kein Girokonto, davon sei zwischen sechs und sieben Millionen der Zugang verwehrt worden.

Transparenz bei den Kosten ist gefragt

Das Recht auf ein Basiskonto darf nach dem Willen der EU-Kommission nicht nur auf dem Papier stehen. Es muss in der Praxis auch in Anspruch genommen werden können. Ein Hinderungsgrund könnten hohe Kosten sein. In der Empfehlung an die Mitgliedstaaten heißt es, dass für den Fall, dass das Konto nicht kostenlos ist, die vom Zahlungsdienstleister in Rechnung gestellten Kosten „angemessen“ sein sollten. Was das bedeutet, kann jeder Mitgliedstaat selbst festlegen. Eine Rolle spielen dabei etwa die Höhe der nationalen Einkommen, Durchschnittskosten für Zahlungskonten oder die Gesamtkosten für die Bereitstellung des Basiskontos.

Laut Verbraucherzentrale Bundesverband ist in Deutschland die Zahl der Kontenkündigungen durch die zwischenzeitliche Einrichtung eines sogenannten P-Kontos mit automatischem Pfändungsschutz zwar zurückgegangen. Allerdings seien die Gebühren für solche Konten sehr hoch und die Leistungen sehr niedrig – weder seien Lastschriften möglich noch erhalte der Kontobesitzer eine Zahlungskarte.



Bargeldloses Zahlen vom Girokonto gehört zum modernen Alltagsleben

Gesetzlich verankern will die Kommission das Recht auf ein Girokonto zunächst noch nicht. Barnier empfahl den Mitgliedstaaten aber, sie sollten in ihrem Land Zahlungsdienstleister bestimmen, die solche Basiskonten anbieten müssten. Das Überziehen eines solchen Kontos soll allerdings nicht gestattet werden. Die Mitgliedstaaten sollen der Kommission binnen sechs Monaten mitteilen, was sie zu tun gedenken. Sollte sich an der Situation innerhalb eines Jahres nichts ändern, will Barnier eine gesetzliche Regelung vorschlagen.

In Deutschland liegt die Zahl der Personen, die kein Girokonto haben, laut Verbraucherschützern „im sechsstelligen Bereich“. Zwar hat der Dachverband der deutschen Bankenbranche, der Zentrale Kreditausschuss, schon 1995 das „Girokonto für jedermann“ auf Guthabenbasis empfohlen. Durch diese unverbindliche Empfehlung seien die Probleme aber „nicht ansatzweise“ gelöst worden, heißt es beim Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), der auf einen Bericht der Bundesregierung von 2008 verweist.

Menschen ohne Girokontozugang seien zumeist Personen, denen in Folge von Pfändungen oder Insolvenzverfahren die Konten gekündigt wurden. Hinzu kämen Langzeitarbeitslose oder Suchtkranke, aber auch andere Gruppen wie alleinerziehende Mütter. Am wenigsten Probleme gibt es dem vzbv zufolge in den sieben Bundesländern, darunter Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, in denen die Sparkassen durch Landesrecht verpflichtet worden sind, freien Zugang zu Girokonten zu gewähren. Einen gesetzlichen Anspruch auf ein Girokonto gibt es dem europäischen Verbraucherschutzverband BEUC zufolge nur in drei EU-Staaten: Frankreich, Belgien und Dänemark.

Laut Kommission haben in den „alten“ 15 EU-Staaten 97 Prozent der Erwachsenen ein Girokonto, in den im Jahr 2004 beigetretenen 12 Staaten insgesamt 91 Prozent. In Bulgarien und Rumänien treffe das aber nur auf etwa die Hälfte der Bevölkerung zu. (ste/frh)

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/finservices-retail/inclusion\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/finservices-retail/inclusion_de.htm)

EU-Jugendkampagne beim Gamescom Festival in Köln

## Action und Information mit europäischem Flair

Musik hören und Musik machen, Tanz, Computerspiele und Graffiti-Kunst: Das alles ist wichtiger Teil des Lebens Jugendlicher, genauso wie Lernen und Berufsausbildung. Deswegen präsentiert sich die EU-weite Kampagne „Jugend in Bewegung“, mit der unter anderem für Auslandsaufenthalte zu Studien- und Ausbildungszwecken geworben wird, auch im Rahmen des kulturellen Festivals, das die weltgrößte Messe für Computerspiele „Gamescom“ vom 19. bis 21. August in Köln begleitet.

„Jugend in Bewegung“ ist eine der sieben Leitinitiativen der Strategie „Europa 2020“, mit der die EU auf einen nachhaltigen und stabilen Wachstumspfad zurückgeführt werden soll. Ihr Ziel ist es, Bildung und Mobilität zu verbessern und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beizutragen. Im Kölner Kampagnenzelt werden Informationen und Animationen von Experten und von ehemaligen Teilnehmern und Teilnehmerinnen an EU-Programmen angeboten.

Auch von verschiedenen Informationsständen können Besucher Anregungen mitnehmen, unter anderem von Eurodesk, das über europäische Förderprogramme in den Bereichen Jugend, Mobilität, Bildung, Kultur und Sport informiert. Außerdem wird der Pädagogische Austauschdienst der Kultusministerkonferenz Information und Beratung zum EU-Schulprogramm COMENIUS anbieten. Industrie- und Handelskammer sowie Handwerkskammer bieten Beratung an, wie man als Azubi seine Ausbildung in einem anderen EU-Mitgliedsland vervollständigen kann, und die Bundesagentur für Arbeit als Kontaktstelle für das Netzwerk EURES wird über den europäischen Arbeitsmarkt informieren.

Schließlich stellt das Netzwerk „Europaschulen in NRW“ dar, wie man sich an deutschen Schulen europafit machen kann, und die Kölner Freiwilligenagentur lädt dazu ein, sich über ehrenamtliches Engagement zu informieren.

Ergänzt wird das Informationsprogramm durch Workshops und Animationen, etwa durch die „Europeers“ und die „Young European Professionals“. Dabei handelt es sich um europabegeisterte junge Menschen, die beim EU-Programm „Jugend in Aktion“ aktiv beteiligt waren bzw. von der Bundeszentrale für Politische Bildung in Sachen Europa ausgebildet wurden und ihre Erfahrungen und ihr Wissen über die Europäische Union mit Gleichaltrigen teilen wollen.

Kulturelle Highlights neben dem Informationsangebot sind die multinationalen Per-

### EU-Programme für junge Menschen

#### SOKRATES

EU-Programm für Fremdsprachen, Mobilität und europäische Bildungszusammenarbeit

- Der Aktionsbereich COMENIUS betrifft den Bereich der Schulbildung.
- Der Aktionsbereich ERASMUS finanziert Aktivitäten im Bereich der Hochschulbildung.
- Der Aktionsbereich LINGUA fördert den Spracherwerb und den Sprachunterricht.

#### LEONARDO DA VINCI

EU-Programm für die berufliche Aus- und Weiterbildung einschließlich Praktika im Ausland

#### JUGEND IN AKTION

EU-Programm für europäische Bürgerschaft, den europäischen Freiwilligendienst, weltweite Partnerschaften zwischen Jugendorganisationen, Unterstützung der Jugendbetreuung und des europäischen Dialogs zwischen jungen Menschen

formances der von der EU geförderten Kölner Initiative „Roots & Routes“, in deren Programm „Jam Karet“ junge Künstler und Künstlerinnen aus 13 verschiedenen Ländern Pop, Rock, Rap und Breakdance zu einer rhythmischen Show verbinden.

Die Tänzer und Musiker stehen den Besuchern auch für Erfahrungsaustausch und Workshops zur Verfügung. Abgerundet wird das künstlerische Programm von einem Graffiti-Workshop, angeleitet von Mitgliedern der Initiative „Comics against Racism“.

[www.jugend.eu-bonn.de](http://www.jugend.eu-bonn.de)  
[http://ec.europa.eu/youthonthemove/events/2011/201100819-cologne\\_en.htm](http://ec.europa.eu/youthonthemove/events/2011/201100819-cologne_en.htm)



Datum	Thema	Ort	Kontakt
01.–02.08.2011	<b>Biologische Vielfalt</b> Eine Informationstour durch den Erlebnis-Zoo Hannover Ziel der Ausstellung ist es, ein Bewusstsein für die Zusammenhänge der biologischen Vielfalt zu schaffen und zu verdeutlichen, dass europäische Bürgerinnen und Bürger in ihrem täglichen Leben ständig Entscheidungen treffen, die direkt oder indirekt Einfluss auf Umwelt und Artenvielfalt haben.  <b>Veranstalter:</b> „Aktion Europa“	Erlebnis-Zoo Hannover Adenauerallee 3 <b>30175 Hannover</b>	<a href="http://www.zoo-hannover.de/">www.zoo-hannover.de/</a>
18.08.2011 15.00 Uhr	<b>Informationsveranstaltung</b> „Europa vor Ort: Science Park Saar – Das Innovationszentrum in Ihrer Region!“ Auf dem Campus der Universität des Saarlandes finden junge, innovative Unternehmen einen neuen Standort. Den Gästen wird die Möglichkeit gegeben, einen Einblick in die jungen Unternehmen zu bekommen, die sich auf dem Gelände angesiedelt haben.  <b>Veranstalter:</b> „Aktion Europa“	Science Park Saar 2 Raum 00.01.270 <b>66123 Saarbrücken</b>	<a href="http://europavorort.de/stationen/saarbrucken">http://europavorort.de/stationen/saarbrucken</a>
23.08.2011 19.00 Uhr	<b>Politiktalk</b> Europa – Ehrensache!? – Bürgerschaftliches Engagement in und für Europa. Politiktalk mit den europapolitischen Sprecherinnen und Sprechern des Abgeordnetenhauses im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Europa ist hier! ... zu Gast im Berliner Rathaus“  <b>Veranstalter:</b> Die Europabeauftragte des Landes Berlin; Europa-Union Berlin e.V.	Berliner Rathaus Wappensaal Rathausstraße <b>10178 Berlin</b>	<a href="mailto:europa-online@senatskanzlei.berlin.de">europa-online@senatskanzlei.berlin.de</a>
27.08.2011	<b>Informationsveranstaltung</b> „Europa vor Ort: LIFE-Projekt „Amphikult“ – 300 Teiche für Niedersachsen“ Das Projekt „Amphikult“ ist Teil des europaweiten Netzes „Natura 2000“ und trägt dazu bei, gefährdete Tierarten und Lebensräume zu schützen. Markus Richter, Projektmanager des Amphibienschutzprojekts, stellt während einer Exkursion in das Naturschutzgebiet Bückeburger Niederung dem Publikum das Projekt vor.  <b>Veranstalter:</b> „Aktion Europa“	Rathaus Bückeburg Neuer Ratssaal Marktplatz 2–4 <b>31675 Bückeburg</b>	<a href="http://europavorort.de/stationen/stadthagen">http://europavorort.de/stationen/stadthagen</a>
01.09.2011 10.30–13.30 Uhr	<b>Diskussionsveranstaltung</b> Demografischer Wandel als Herausforderung für ländliche Regionen in Europa Der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung in Deutschland und Europa nimmt stetig zu. Europas ländliche Regionen sind besonders stark von dieser Entwicklung betroffen. Dies stellt die Politik auf Ebene der EU, ihrer Mitgliedstaaten und Kommunen vor erhebliche Herausforderungen: in der Daseinsvorsorge, der Gesundheitsvorsorge ebenso wie im gesellschaftlichen Miteinander.  <b>Veranstalter:</b> Europäisches Informations-Zentrum (EIZ) Niedersachsen	Rathaus Leer Rathausstraße 1 <b>26789 Leer</b>	<a href="http://www.eiz-niedersachsen.de">www.eiz-niedersachsen.de</a> <a href="mailto:eiz@stk.niedersachsen.de">eiz@stk.niedersachsen.de</a>
03.09.2011 15.00 Uhr	<b>Informationsveranstaltung</b> „Europa vor Ort: BAPTS – Boosting Advanced Public Transport Systems – Umweltfreundlicher Verkehr in Bielefeld“ Mit dem Projekt „BAPTS“ entwickeln neun führende Städte und Regionen – u.a. Bielefeld als Leadpartner – konkrete Lösungen, damit der öffentliche Personennahverkehr noch attraktiver, bequemer, sicherer, zuverlässiger und vor allem umweltfreundlicher wird. Während einer Fahrt mit der historischen Straßenbahn „SparrenExpress“ erfahren die Besucher mehr über die Ziele und Inhalte des Projekts.  <b>Veranstalter:</b> „Aktion Europa“	Altes Rathaus Bielefeld Niederwall 25 <b>33602 Bielefeld</b>	<a href="http://europavorort.de/stationen/bielefeld">http://europavorort.de/stationen/bielefeld</a>

## Impressum

### Herausgeber:

#### Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Matthias Petschke (V.i.S.d.P.)  
 Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
 E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

#### Vertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

#### Vertretung in München:

Erhardtstraße 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

### Redaktion & Grafik:

Carsten Lietz, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
 Frank Hütten, Vera Schrader, Armin Kalbfleisch, Christian Baumgart  
 Dow Jones News GmbH • Baseler Arkaden • Wilhelm-Leuschner-Straße 78  
 • 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@dowjones.com

### Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

### Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

**Sicherheitsregeln:****Gefährliches Spielzeug muss vom Markt verschwinden**

Spielzeug, das neu auf den Markt der Europäischen Union kommt, muss seit dem 20. Juli strengen Sicherheitsregeln entsprechen, die in der EU-Spielzeugrichtlinie festgelegt sind. Ab sofort soll Schluss damit sein, dass Kinder etwa Teile von Spielzeugen verschlucken oder durch instabile Hochstühle oder Wickeltische eingeklemmt oder verletzt werden. Auch Gesundheitsgefahren durch manche in Plastik enthaltene Weichmacher und durch bestimmte Lacke oder Flammschutzmittel sollen durch die nun in Kraft getretenen Regeln aus der Welt geschafft werden. Hersteller, Importeure und Vertriebshändler müssen die Sicherheit von Spielzeugen künftig testen, bevor sie in die Regale kommen, und es muss gewährleistet werden, dass die Spielzeuge bis zum Hersteller zurückverfolgt werden können. Aufsichtsbehörden sollen stärker als bisher kontrollieren, dass die Vorschriften auch eingehalten werden. „Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Mitgliedstaaten die Marktüberwachung verbessern und betrügerische Marktakteure abschrecken“, sagte EU-Industriekommissar Antonio Tajani.



Die EU-Kommission hat einen Leitfaden mit Empfehlungen erarbeitet, wie Verbraucher ihre Kinder vor Gefahren durch unsicheres Spielzeug schützen können. Die Broschüre ist im Internet unter folgender Adresse abrufbar:

[http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/toys/files/toys-safety-brochure/w-toys-safety-brochure\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/toys/files/toys-safety-brochure/w-toys-safety-brochure_de.pdf)

**Ausschreibung:****Werbung für EU-Agrarpolitik gefragt**

Im kommenden Jahr wird die EU-Agrarpolitik 50 Jahre alt. Aus diesem Anlass wünscht sich die EU-Kommission zwischen März und Dezember viele originelle und innovative Werbeaktionen und Informationsveranstaltungen, mit denen der Beitrag der Agrarpolitik zur sicheren Versorgung mit Lebensmitteln, zum Klima- und Umweltschutz oder zur Entwicklung ländlicher Gebiete erklärt wird. Einzelne Veranstaltungen und Kampagnen können mit 100.000 bis 500.000 Euro aus dem EU-Haushalt unterstützt werden, in der Regel wird die Hälfte der Kosten übernommen. Vorschläge können nicht nur Werbeprofis machen, auch Aktionen von ländlichen Vereinigungen, Bauern-, Verbraucher- oder Umweltverbänden, Universitäten, Medien oder Behörden sind förderfähig. Bewerbungsschluss ist der 30. September 2011.



[http://ec.europa.eu/agriculture/grants/capinfo/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/grants/capinfo/index_de.htm)

**Urlaub mit Katz und Hund:****Seit Juli 2011 gilt die Kennzeichnungspflicht für Haustiere**

Auch der Familienhund darf mit in den Urlaub. Damit es bei der Einreise in andere EU-Länder keine Probleme gibt, gilt seit dem 3. Juli 2011 die Kennzeichnungspflicht für Haustiere. Die Tiere müssen durch einen implantierten Mikrochip markiert werden, auf dem der im Heimtierpass vermerkte alphanumerische Code zur Identifizierung gespeichert ist. Für Reisen nach Großbritannien, Malta und Irland ist eine solche Chipkennzeichnung zwingend. Für Reisen in andere EU-Mitgliedstaaten genügt auch eine deutlich lesbare Tätowierung, die vor dem 3. Juli 2011 angebracht worden ist und den Code zur Identifizierung wiedergibt. Weitere Informationen finden Sie hier:

[http://ec.europa.eu/food/animal/liveanimals/pets/nocomm\\_intra\\_de.htm](http://ec.europa.eu/food/animal/liveanimals/pets/nocomm_intra_de.htm)

**Notruf:****112 gilt in der gesamten EU**

In allen EU-Ländern gilt die einheitliche Notrufnummer 112 – ob mobil oder aus dem Festnetz. Diese Nummer kann bei allen Notfällen im Ausland gewählt werden. Ganz egal, ob es sich um einen Unfall, einen Hausbrand oder einen Einbruch handelt. Viele Mitarbeiter, die die Notrufe entgegennehmen, sprechen auch Fremdsprachen.



Mehr Informationen finden Sie hier:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/112/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/information_society/activities/112/index_de.htm)

